



Foto: Paul Wip / pixelio.de

Energiewende im Landkreis gestalten „Masterplan 100 Prozent Klimaschutz“ bietet große Chance

Das Bundesumweltministerium fördert das Projekt „Masterplan 100 Prozent Klimaschutz“ des Landkreises. Der Landkreis wurde als einer von drei Landkreisen deutschlandweit für dieses Projekt ausgewählt.

Zusätzlich mit den 20 Prozent, die der Landkreis selbst aufbringen muss, stehen damit in den nächsten vier Jahren bis zu maximal einer Million Euro für das Vorantreiben des Klimaschutzes im Landkreis zur Verfügung.

Konkret heißt das: Für die Förderhöchstsumme von jeweils 240 000 Euro für vier Jahre muss der Landkreis jährlich 48 000 Euro in den Jahren 2012 bis 2015 bereitstellen.

„Das ist eine hervorragende Möglichkeit, im Bereich Klimaschutz auf absehbare Zeit Fördergelder zu bekommen“, verdeutlicht Nadine Bernshausen, Vorsitzende des Umweltausschusses.

Bereits Ende April hatte sich der Kreis um die Aufnahme in dieses Projekt beworben und eine Projektskizze eingereicht. Am 27. September kam die Bewilligung des Projektträgers in Jülich – verbunden mit der Aufforderung, binnen sechs Wochen, also bis zum 14. November, einen Projektantrag einzureichen.

Um diese Frist zu wahren und die Fördermittel zu bekommen, hatte der Kreisausschuss den Förderantrag eingereicht, bevor der Kreistag sein OK geben konnte. Denn der tagte erst am 17. November.

In dem Beschlussvorschlag ging es einerseits um die Zustimmung zur 20-prozentigen Beteiligung des Kreises – also jährlich maximal 48 000 Euro. Zudem war auch das Bemühen um eine 95-prozentige Treibhausgas-Reduktion und die Senkung des Energiebedarfs um 50 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 bis zum Jahr 2050 festge-

schrieben. Und als drittem Punkt sollte der Kreistag auch dem Aufbau eines Management- und Controllingsystems zustimmen.

Diesen Vorhaben widersprach die SPD nachdrücklich. Sie brachte einen eigenen Antrag ein. Dort forderte sie unter anderem, dass der Kreisausschuss sich zunächst um die Zustimmung der Städte und Gemeinden zu dem Projekt kümmert und eine CO₂-Bilanz für den Landkreis vorlegt.

„Dass die SPD den Antrag abgelehnt hat und somit Unsummen an Fördergeldern verschenken wollte, ist unglaublich“, sagt Sandra Laaz. Doch sie weiß: „Das hat Tradition. Bereits 2007 beschloss der Kreistag ein klares Klimaschutzziel, das für den Kreis unter anderem den vollständigen Ersatz fossiler und atomarer Energieträger durch erneuerbare Energien bis 2040 festlegt.“ Die SPD hatte damals gegen diesen Beschluss gestimmt und erst bei

der Bestätigung 2009 dem Klimaschutzziel des Kreises zugestimmt.

Und Michael Meinel fügt hinzu: „Ich bin froh, dass es erstmals einen qualifizierten Rahmen gibt, um die Energiewende im Kreis zu gestalten. Wenn wir es nicht tun, tun es andere“, sagte er während der Diskussion im Kreistag.

Das jetzt angestrebte Projekt, vermutete er, würde jeder Abgeordnete verteidigen, wenn es dabei um seine Kommune ginge. Dass die SPD es jetzt für den Kreis ablehne, sei dem Bürger nicht vermittelbar.

Mit großer Mehrheit brachte die Koalition von CDU, Grünen und FW das Projekt schließlich auf den Weg.



Straßenbau: „A 49 soll wohl auf der Schafswende enden?“

Jüngst kam Hessens Verkehrsminister Dieter Posch nach Treysa, um den Planfeststellungsbeschluss, also die Baugenehmigung, für das 13,3 Kilometer lange Teilstück der A 49 zwischen Schwalmstadt und Stadtallendorf zu unterzeichnen. Wird gegen den Beschluss nicht geklagt, könnte das 130 Millionen Euro teure Stück ab 2016 gebaut werden – denn vorher gibt es beim Bund keine Mittel.

„Die Kosten für den gesamten Abschnitt übersteigen das finanziell Machbare. Und völliger Unsinn ist es, für den nördlichen Bauabschnitt bis Schwalmstadt Geld auszugeben – ohne auch nur eine Ahnung zu haben, wie es insgesamt weitergehen kann. Daher ist dieser verkehrspolitische Nonsens aus dem Entwurf für den Bundesfernstraßenbau zu streichen. Es wäre sinnvoller, mit diesem Geld notwendige Ortsumfahrungen zu finanzieren“, verdeutlicht Reiner Nau.

Außerdem lehnen die Anliegerkommunen den abschnittswisen Ausbau des Teilstücks ab. „Für den Bauabschnitt Stadtallendorf-Gemünden wird sich das Planfeststellungsverfahren wohl noch lange hinziehen, da erhebliche Mängel im Verfahren festzustellen sind“, erläutert Nau. „Sollte doch weiter gebaut werden“, sagt er, „könnten wir die Situa-



Geplante A 49 zwischen Wäldchesbaum und Hochstraße in Stadtallendorf. Montage: Michael Feldpausch

tion bekommen, dass die A 49 wie bisher in Neuental plötzlich in Schwalmstadt oder in Stadtallendorf endet – und das über Jahre hinweg. Das würde einem Verkehrsinfarkt gleichkommen.“

Besonders dramatisch wäre dies in den Ortsdurchfahrten beider Städte zu spüren. Aber auch die Verkehrswege Richtung Kirchhain, Ebsdorfergrund und Marburg würden unter diesem Ausbau-Ende leiden.

Die Initiative „Schwalm ohne Autobahn“ hätte hingegen ein vielversprechendes Konzept der Entwicklung des Straßennetzes in der Region Schwalm-Ohm entwickelt. Das Konzept basiert auf der Idee, die vorhandenen, gut ausgebauten Strecken als Basis für

ein leistungsfähiges Straßennetz zu nutzen.

„Durch die Auffächerung der Verkehrsströme auf gleichberechtigte Achsen, die Realisierung von Ortsumgehungen und die Schaffung von Verbindungsstrecken zur Stärkung des Netzes bleibt der Ausbau der A 49 überflüssig“, verdeutlicht Nau.

und er sieht eine weitere Gefahr: „Darüber hinaus ist eine Gefährdung des Trink-, Grund- und Oberflächenwassers durch den Bau der A 49 zu erwarten. Nach den Antworten zu unserer großen Anfrage in der vorletzten Kreistagsitzung haben wir hier weiter erhebliche Zweifel, dass ein ausreichender Schutz sichergestellt wird“, so Reiner Nau.

Newsletter jetzt abonnieren

Sie wollen regelmäßig mit den aktuellen Nachrichten rund um die grüne Politik im Landkreis informiert sein? Dann sollten Sie jetzt den Newsletter der Grünen-Kreistagsfraktion abonnieren, der Ihnen künftig kostenlos per E-Mail zugestellt wird.

Um den Newsletter zu abonnieren, klicken Sie sich einfach auf unsere Homepage: www.gruene-marburg.de. Dort finden Sie den Punkt „Newsletter“. Tragen Sie Ihre E-Mail-Adresse ein – und schon kommen die Grünen-News regelmäßig in Ihr virtuelles Postfach!

Selbstverständlich können Sie sich auch per E-Mail anmelden: Senden Sie einfach eine Mail mit dem Betreff „Newsletter“ an kreisverband@gruene-marburg.de, dann werden wir Ihre E-Mail-Adresse umgehend in den Verteiler eintragen.

Schlafplatz der Waldohreule gefährdet

Auf dem Friedhof in Amöneburg befindet sich der größte bekannte Schlafplatz von Waldohreulen in Hessen: Die Vögel haben dortige Scheinzypressen zu ihrem Schlafplatz im Winterhalbjahr auserkoren. Die Stadt Amöneburg möchte diese Bäume nun jedoch fällen lassen. Begründung: Die Bäume seien überaltert und sehr windexponiert. Immer wieder seien Schäden zu verzeichnen gewesen, die auch für die Zukunft erwartet würden. In der Sache sei ein Fachgutachten erstellt worden, ebenso, wie eine artenschutzrechtliche Prüfung – diese seien in einen Bebauungsplan zur Neugestaltung des Friedhofs eingegangen.

Da die Waldohreule unter Artenschutz steht, wollten die Grünen durch eine Anfrage im



Kreistag Klarheit haben: „Ist es zutreffend, dass die Stadt Amöneburg trotz artenschutzrechtlicher Bedenken plant, auf dem Friedhof eine Baumreihe zu fällen, die Waldohreulen als Schlafplatz dient, und dass die untere Naturschutzbehörde nochmals ein Gutachten in Auftrag gegeben hat, das die Bedeutung des Schlafplatzes untersucht?“

Die Antwort: Ein neues Gutachten wurde in Auftrag gegeben, das Ergebnis liegt noch nicht vor.

Sparkasse soll Anreize schaffen

Die Sparkasse soll „grüner“ werden: Der Kreistag des Landkreises fordert den Vorstand der Sparkasse Marburg-Biedenkopf auf, Finanzierungsinstrumente zu entwickeln, die Investitionen in die ökologische Entwicklung und den Ausbau erneuerbarer Energien in der Region mit regionalem Kapital fördern.

Vor allem für Privatleute sollen so finanzielle Anreize gesetzt werden, in die ökologische Nachhaltigkeit zu investieren.

„Private Investitionen in die ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit, in Umwelt- und Klimaschutz in der Region hängen wesentlich von den zur Verfügung stehenden Finanzierungsinstrumenten ab – und dabei kommt der Sparkasse Marburg-Biedenkopf im Landkreis eine wesentliche Rolle zu“, erläutert dazu Sandra Laaz.

Die Investition in die ökologische Nachhaltigkeit ist auch von beschäftigungspolitischer Relevanz, da der Mittelstand als wesentlicher Träger lokaler Investitionen in den Klimaschutz für annähernd 80 Prozent der neu entstehenden Arbeitsplätze verantwortlich ist. Zudem sei der positive Effekt auf die regionale Wertschöpfung durch solche Investitionen umso größer, je mehr sie aus regionalem Kapital finanziert würden.

Spenden für Fukushima

Die Kreistagsfraktion der Grünen begrüßt die Fukushima-Aktion des Landkreises: 25 Schülerinnen und Schüler aus dem Katastrophengebiet sollen sich im Sommer drei Wochen lang in der Region Marburg-Biedenkopf erholen können. Dazu wurde eine Spendenaktion ins Leben gerufen – mit guter Resonanz, wie der Landkreis mitteilt: Auf dem Spendenkonto sind schon über 10000 Euro eingegangen, weitere Spenden seien in Aussicht gestellt worden, heißt es.

Zudem wurden nun Spendenboxen im Landratsamt, den Verwaltungs-Außenstellen sowie den KreisJobCentern aufgestellt.

Spenden sind auch per Überweisung möglich: Landkreis Marburg-Biedenkopf, Konto-Nr. 19 bei der Sparkasse Marburg-Biedenkopf, BLZ 533 500 00, Stichwort: „Fukushima“ (bitte unbedingt angeben).



Sandra Laaz, Fraktionsvorsitzende. Schwerpunkte: Finanzen, Wirtschaft, Beteiligungen des Kreises, Gender, ÖPNV, AusländerInnen.



Ina Nadine Bernshausen. Schwerpunkte: Landwirtschaft, Ernährung, Verbraucherschutz, Energie, Integration, Gesellschafts- und Sozialpolitik, Radwegenetz, Kriminologie, kommunale Partnerschaften, Suchtprävention.



Thomas A. Schneider, stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Schwerpunkte: Wirtschaft, Umwelt (Gentechnik, Abfall, Altlasten), Ländlicher Raum, Energie, Verkehr.



Heinrich Palz-Gerling, stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Schwerpunkte: Sport und Bewegung, Sozialpolitik, Schule, Jugend, KreisJob-Center, Eingliederungshilfe, Suchtprävention.



Patrick Voyé. Schwerpunkte: nachhaltiges Wirtschaften, Umwelt, Naturschutz, Tierschutz, Sport, Energie, Bildungsarbeit (u.a. Hochschule), Verkehr, ÖPNV, Suchtprävention.



Sabine Schlegel. Schwerpunkte: Sozialpolitik, Integration (Schule, Bildung, Altenhilfe, Beteiligung), Schule, Bildung, Jugendhilfe, Schule, KreisJob-Center, Altenhilfe, Radverkehr, Kriminalprävention.



Für GRÜNE Politik im Landkreis

Auf dieser Seite stellen wir Ihnen die Mitglieder der heimischen Kreistagsfraktion und die gewählten Mitglieder des Kreisausschusses vor.

Außerdem finden Sie hier auf einen Blick eine Auswahl der politischen Schwerpunkte unserer einzelnen Mitglieder.



Michael Meinel. Schwerpunkte: Kultur, Abfall, nachhaltiges Wirtschaften, Landwirtschaft, Energiewende, Integration.



Katharina Schulze. Schwerpunkte: Sozialpolitik, Gender, Kulturförderung, Denkmalpflege, Kommunale Partnerschaften.



Prof. Dr. Angela Doris Thranhardt. Schwerpunkte: Umwelt, Energie, Gesundheit.



Reiner Nau. Schwerpunkte: Finanzen, Gesundheit, Brandschutz.



Martin Bergmann. Schwerpunkte: Finanzen, Wirtschaft, Sport, Sprachen, Volkshochschule, Energie, Verkehr (ÖPNV)



Ute Hoppe. Schwerpunkte: Schulpolitik, Kulturförderung, Kommunale Partnerschaften, Jugendhilfe, Altenhilfe.



Sabine Matzen. Schwerpunkte: ländlicher Raum, demographischer Wandel, Ökologie, Familie, Bildung, Inklusion, Schulstandorte, Eingliederungshilfe.

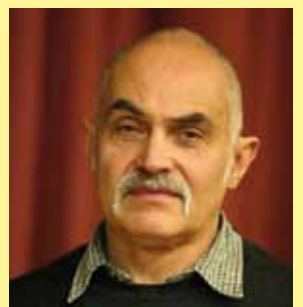


Dr. Karsten McGovern, 1. Kreisbeigeordneter. Verantwortlich für die Fachbereiche Familie, Jugend und Soziales, KreisJobCenter, Schule und Gebäudemanagement, Gesundheit, Altenhilfe, Integration, Zweckverband ÖPNV.

GRÜNE im Kreisausschuss



Margrit Kahler-Görg. Schwerpunkte: Familie, Soziales, Gesundheit, Senioren, Pflege



Armin Becker. Schwerpunkte: Trinkwasser, Abwasser, Abfall, Katastrophenschutz